



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 12.03.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 17. März 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 03.02.2015
2. Jahr der Städtepartnerschaften
Sachstandbericht des Magistrats (Dezernat I)
3. **15-F-03-0036**

Orientierungsplan für Flüchtlinge
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03. März 2015-

Der Ausschuss möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

analog zur Stadt Mainz einen Stadtplan für Flüchtlinge in Wiesbaden zu erstellen und diesen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

4. 15-F-05-0005

Behandlung des Themenkreises Migration/Demenz in seiner Gesamtheit erforderlich!
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Freie Demokraten FDP im Rathaus vom 09. März 2015-

Der „Bericht zum Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen in Wiesbaden bis 2030“ (im Folgenden: Bericht) stellt fest, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf Grund der verringerten vorzeitigen Sterblichkeit und der gesteigerten Lebenserwartung immer mehr Menschen ins hohe Lebensalter vorrücken werden.

Laut des Berichts, ist auf Grund der Bevölkerungsprognose mit einem deutlichen Anstieg der Zahl von älteren Menschen insbesondere mit Migrationshintergrund zu rechnen. Der Anteil z.B. im Sauerland und im Bergkirchenviertel wird mit bereits über 39 Prozent in der Altersgruppe der über 65-jährigen angegeben. Wie aus bundesweiten Studien bekannt ist, kehren diese Menschen dann nur selten in ihre Herkunftsländer zurück. Sowohl alte wie auch ältere Mitbürger mit und ohne Migrationshintergrund werden somit zunehmend von altersbedingten Einschränkungen betroffen sein, unter denen die Demenz besonders hervorzuheben ist. In Wiesbaden gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen, Hilfen und Aktionen für Senioren mit Demenz. Anhand des Berichts wird demnach zukünftig ein erhöhter Handlungsbedarf mit besonderer Fürsorge für Menschen sowohl mit Migrationshintergrund als auch Demenz erforderlich sein.

In diesem Zusammenhang möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Ist die Situation bekannt?
2. Gibt es bereits Initiativen, um dieser Situation zu begegnen?
3. Wird dieser Situation in städtischen Einrichtungen (Seniorenbetreuung) bereits Rechnung getragen? Durch speziell ausgebildete Betreuer? Durch Schulung des Personals? Mit einer speziellen Ausstattung der Einrichtung?

5. 15-F-03-0034

Beschwerdemanagement der Stadt
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03. März 2015

Der Ausschuss möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) Ob es in den einzelnen städtischen Gesellschaften, Beteiligungen und Ämtern eine Anlaufstelle für Beschwerden seitens der Bürgerschaft/Kunden gibt? Wenn ja:
- 2) Wie diese organisiert sind?
- 3) Wie der Austausch mit dem Bürgerreferat gewährleistet wird? Gibt es hier eine Rückkopplung, wie mit den Beschwerden in der Verwaltung umgegangen wurde?
- 4) Ob es eine Strategie zur zukünftigen Vermeidung von beanstandeten Vorkommnissen gibt („lesson learned“)?
- 5) Ob die jeweiligen Beschwerdemanagements, wenn bereits vorhanden, im städtischen Haushalt berücksichtigt sind?

6. 12-F-33-0127

Diebstahl auf Friedhöfen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.11.2012 -

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VII) vom 22.01.2015

7. 14-F-08-0053

Sachstand Informationsfreiheitssatzung
- Antrag von Linke&Piraten vom 17.09.2014 -

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat II) vom 28.01.2015

8. 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

ANLAGE: Beschluss des Ausländerbeirats Nr. 2 vom 18.02.2015

9. 14-V-12-0001

DL 10/15-1, 04/15-1 , 17/14-6

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

10. 15-V-12-0002

DL 10/15-2

Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Wiesbaden - Stand und Perspektiven

11. 14-V-33-0001

DL 06/15-1

Integrationsbericht 2013

12. 15-V-20-0001

DL 07/15-4

Investitionscontrolling 4. Quartal 2014

13. Bericht der Dezernentin

14. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Apel
Vorsitzende